

Friederike Rotsch

# Der Schutz der journalistischen Recherche im Strafprozeßrecht



**PETER LANG**  
Europäischer Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	<b>17</b>
<b>Kapitel 1: Grundlagen</b>	<b>21</b>
<b>A. Kurzer historischer Abriss</b>	<b>21</b>
I. Die Zeugnispflicht	21
1. Die Entwicklung des Zeugnisverweigerungsrechts bis 1975	21
a. Die Anfänge	21
b. Die Rechtsentwicklung seit 1945	23
aa. Die Regelungen in den Ländern	23
bb. Die bundesrechtliche Regelung	24
2. Die seit 1975 geltende Regelung	24
a. Die Beschränkungen des Zeugnisverweigerungsrechts	24
b. Der Ausschluß des Zeugnisverweigerungsrechts bei schwerer Kriminalität	25
3. Versuche einer erneuten Gesetzesänderung	26
II. Die Beschlagnahme und die Durchsuchung	27
1. Die Beschlagnahme als Beweissicherungsmittel	27
2. Das Beschlagnahmeverbot	27
III. Die Postbeschlagnahme	28
1. Das Postgeheimnis	28
2. Die Postbeschlagnahme als Beweissicherungsmittel	29
IV. Die Überwachung der Telekommunikation	29
V. Das Auskunftersuchen nach § 12 FAG und seine Nachfolgeregelung	30
VI. Der Einsatz technischer Mittel	31
1. Die Einführung des § 100 c Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 StPO	31
2. Das Abhören innerhalb des durch Art. 13 GG geschützten Bereichs	32
<b>B. Der Schutz der journalistischen Recherche als Ausprägung des Art. 5 GG</b>	<b>33</b>
I. Der Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	33
1. Allgemein	33
2. Presse	33
3. Rundfunk	34
4. Geschützte Tätigkeiten	34
II. Der Eingriff in den Schutzbereich	36
III. Schranken der Presse- und Rundfunkfreiheit	37
1. Der staatliche Strafverfolgungsanspruch	37
2. Der Eingriff in Opferrechte	38
3. Der Eingriff in Beschuldigtenrechte	38
4. Prozeßsteuerung durch die Medien	39
5. Interessenabwägung	40
IV. Schranken-Schranken	41
1. Gesetzliche Schranken-Schranken	41
2. Die Wechselwirkungslehre	42
<b>Kapitel 2: Der Zeugniszwang</b>	<b>45</b>
<b>A. Die Regelung</b>	<b>45</b>
I. Allgemeines	45
II. Die Aussagepflicht	45

<b>B. Das Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53 Abs. 1 Nr. 5 StPO</b>	<b>46</b>
<b>I. Der berechtigte Personenkreis</b>	<b>46</b>
1. Allgemeines	46
2. Das Erfordernis der berufsmäßigen Mitwirkung	46
a. Mitwirkende	46
b. Die Berufsmäßigkeit der Mitwirkung	47
aa. Begriffsbestimmung	47
bb. Problemstellung	47
(a) Die Kritik	47
(b) Rechtfertigung der Regelung	48
3. Der Ausschluß der Buchpresse und der Filmberichterstattung	49
a. Die periodische Presse	49
aa. Begriffsbestimmung und Problemdarstellung	49
bb. Die historischen Wurzeln der Unterscheidung	49
cc. Pro und Kontra	50
(a) Sinn und Zweck der Unterscheidung	50
(b) Praktische Probleme	51
b. Der Ausschluß der Filmberichterstattung	52
aa. Problemdarstellung	52
(a) Sinn und Zweck des Ausschlusses der Filmberichterstattung	52
(b) Die Ausnahme	53
bb. Die Lösung	54
cc. Fazit	54
<b>II. Der Umfang des Zeugnisverweigerungsrechts</b>	<b>54</b>
1. Das Zeugnisverweigerungsrecht über die Person des Informanten	55
a. Der Informant	55
b. Der Journalist als Informant	55
c. Ausnahmen vom Zeugnisverweigerungsrecht	56
aa. Das Aufdecken der Identität des Informanten	56
(a) Die Begründung der Ausnahme und die Kritik daran	57
(aa) Die wörtliche Auslegung	57
(bb) Die historische Auslegung	57
(cc) Die teleologische Auslegung	58
(i) Der Schutz des Redaktionsgeheimnisses	58
(ii) Die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zum Informanten	59
(dd) Die Mißbrauchsgefahr eines weitergehenden Zeugnisverweigerungsrechts	60
(ee) Die weiteren Informationen als „gemachte Mitteilungen“	60
(b) Die Ausnahmen von der Ausnahme	61
bb. Die Aufdeckung der Informationsinhalte	61
(a) Der Verzicht auf das Zeugnisverweigerungsrecht	62
(b) Das Nichtbestehen bzw. die Zerstörung der Vertrauensbeziehung	62
(c) Die verfassungskonforme Auslegung	63
2. Das Zeugnisverweigerungsrecht über den Inhalt der Information	64
a. Dem Journalisten „im Hinblick auf seine Tätigkeit“ gemachte Mitteilungen	64
aa. Begriffsbestimmung	64
bb. Pro und Kontra	64
b. Der Ausschluß des selbstrecherchierten Materials	65
c. Sonderproblem: Die besonderen Umstände der Veröffentlichung	66

d. Die Begrenzung auf den redaktionellen Teil	67
aa. Problemdarstellung	67
(a) Begriffsbestimmung	67
(b) Der Schutz des Anzeigeteils durch Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	68
(aa) Der Anzeigeteil in Druckwerken	68
(bb) Die Rundfunkwerbung	68
(c) Begründung der Regelung und Kritik	69
(aa) Die Funktion des Anzeigeteils	70
(bb) Der Mißbrauch des Werbeteils	70
(cc) Der Vertrauensverlust	71
(dd) Der Konflikt mit vertraglichen Pflichten	72
(ee) Die Ausnahme	72
bb. Die Lösung	73
(a) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	73
(b) Kritik	74
cc. Fazit	75
3. Der Ausschluß des Zeugnisverweigerungsrechts bei schwerer Kriminalität	75
III. Verfahrensrechtliche Fragen und Verwertungsverbot	76
IV. Zusammenfassung	77
<b>Kapitel 3: Beschlagnahme und Durchsuchung</b>	<b>79</b>
<b>A. Beschlagnahme</b>	<b>79</b>
<b>B. Die Durchsuchung</b>	<b>79</b>
<b>C. Das Beschlagnahmeverbot</b>	<b>80</b>
I. Die Regelung des Beschlagnahme- und des Durchsuchungsverbots	80
II. Der Umfang des Beschlagnahmeverbots	81
1. Der Ausschluß des selbstrecherchierten Materials	81
a. Einführung in die Problematik	81
aa. Begriffsbestimmung	83
(a) Die „gemachte Mitteilung“	83
(b) Die Eigenrecherche	85
(c) Sinn und Zweck des Ausschlusses der Eigenrecherchen	87
bb. Die Kritik an der derzeitigen Gesetzeslage	89
(a) Das Abgrenzungsproblem	89
(b) Die elektronischen Medien und die Bildjournalisten	91
(c) Die Ursächlichkeit für die Beeinträchtigung der Recherchen	94
(d) Die Auswirkungen auf die Arbeit in der Redaktion	96
(e) Die Kollision mit der Standesethik	97
(f) Ein journalistischer Spagat	97
(g) Der Vergleich mit den anderen Zeugnisverweigerungsrechten des § 53 Abs. 1 StPO	98
(aa) Die Nummern 1 bis 3 b	98
(bb) Nummer 4	100
(h) Der Vergleich mit den Regelungen anderer Staaten	101
(aa) Die westeuropäischen Staaten	102
(bb) Vereinigte Staaten von Amerika	102
(cc) Folgerung	102
(i) Fazit	103
b. Lösungsvorschläge	103
aa. Verhältnismäßigkeitsprinzip und verfassungskonforme Auslegung	103

bb. Das unbeschränkte Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot	107
cc. Die Aufnahme des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in die gesetzliche Regelung	108
(a) Die allgemeine Formulierung	108
(b) Der Straftatenkatalog und ähnliche Lösungen	109
(aa) Die Tauglichkeit bereits vorhandener Kataloge	109
(bb) Der Katalog des Bundesrates und der Medienorganisationen	110
(i) § 53 Abs. 2 S. 2 Nr. 14 des Gesetzentwurfes des Bundesrates	111
(ii) Bedenken gegen die Aufnahme dieses Straftatenkataloges	112
(cc) Weitere Lösungsvorschläge	113
(c) Die separate Verhältnismäßigkeitsprüfung	114
(d) Die Subsidiaritätsklausel	115
dd. Die zusätzliche Sicherung des Informantenschutzes	116
ee. Beweisverwertungsverbote	116
c. Bilanz	117
2. Das Erfordernis des Gewahrsams	117
a. Grundsätzliches	117
b. Der Mitgewahrsam	118
c. Der Gewahrsamsverlust	119
3. Die Strafverstrickungsklausel	120
a. Die subjektive Strafverstrickung	120
aa. Der Tatbestand	120
(a) Die Tatbeteiligung	120
(b) Der Verdachtsgrad	121
bb. Sonderproblem: Die Teilnahme durch Veröffentlichung	122
b. Die objektive Strafverstrickung	124
aa. Die ersten 3 Alternativen der objektiven Strafverstrickung	124
bb. Gegenstände, die aus einer Straftat herrühren	126
cc. Sonderproblem: Terroristische Bekennerschreiben und -anrufe	127
c. Erklärungs- und Lösungsversuche	128
aa. Die Sicht des Gesetzgebers	128
bb. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	129
cc. Neuregelung	130
4. Der Journalist als Beschuldigter	131
III. Verwertungsverbote	133
IV. Verfahrensfragen	135
V. Zusammenfassung	138
<b>Kapitel 4: Postbeschlagnahme und Überwachung der Telekommunikation</b>	<b>141</b>
<b>A. Die Postbeschlagnahme nach § 99 StPO</b>	<b>141</b>
I. Der Inhalt der Regelung	141
1. Die Voraussetzungen der Auslieferungspflicht	142
a. Allgemeines	142
b. Die Anwendbarkeit des Beschlagnahmeverbots nach § 97 Abs. 5 StPO	142
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	143
II. Problemendarstellung	143
1. Die Sicht des Gesetzgebers	143
2. Der Meinungsstand im Schrifttum	144
3. Stellungnahme	144
a. Sendungen des Medienmitarbeiters an den Beschuldigten	145

b. Sendungen des Beschuldigten an den Medienmitarbeiter	146
c. Die Postbeschlagnahme als allgemeines Gesetz	147
d. Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	147
e. Die Zweckmäßigkeit einer ausdrücklichen Regelung	148
III. Regelungsvorschläge	149
1. Das absolute Verbot der Postbeschlagnahme	149
2. Die allgemeine Formulierung	149
3. Der Straftatenkatalog	150
4. Der Verdachtsgrad	150
5. Die Subsidiaritätsklausel	151
6. Bedenken gegen eine Beschränkung des § 99 StPO	152
7. Die Strafverstrickungsklausel	152
IV. Der Journalist als Beschuldigter	153
V. Das Verwertungsverbot	153
VI. Verfahrensfragen	154
VII. Fazit	154
<b>B. Die Überwachung der Telekommunikation</b>	<b>155</b>
I. Der Inhalt des § 100 a StPO	155
1. Allgemeine Voraussetzungen	156
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	157
a. Der Straftatenkatalog	157
b. Der Verdachtsgrad	158
c. Die Subsidiaritätsklausel	158
d. Die separate Verhältnismäßigkeitsprüfung	158
II. Der Inhalt des § 12 FAG	159
III. Problemdarstellung	160
1. Die Überwachung des Anschlusses des Medienmitarbeiters	161
a. Kommunikationsinhalte	161
aa. Die Gefährdung des Vertrauens	161
bb. Der Vergleich mit Zeugniszwang, Beschlagnahme und akustischer Wohnraumüberwachung	162
b. Verbindungsdaten	164
aa. Die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Informanten	165
(a) Keine Garantie ungestörten Kontakts	165
(b) Das Gewahrsams-Argument	166
bb. Die Ermittlung der Identität des Informanten	167
cc. Die Gefährdung des Vertrauens	167
2. Die Überwachung des Anschlusses des Informanten	168
3. Fazit	168
4. Die Überwachung der Telekommunikation als allgemeines Gesetz	168
a. § 100 a StPO	168
b. § 12 FAG	170
5. Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	170
6. Die Zweckmäßigkeit einer ausdrücklichen Regelung	171
IV. Regelungsvorschläge	172
1. Das absolute Überwachungsverbot	172
2. Die Beschränkung auf kollusives Zusammenwirken	172
3. Der Rechtsgedanke aus § 97 Abs. 5 StPO	174
4. Der spezielle Straftatenkatalog	175
5. Der Verdachtsgrad	175

6. Die Subsidiaritätsklausel	175
7. Die Strafverstrickungsklausel	176
V. Der Journalist als Beschuldigter	176
VI. Verwertungsverbote	176
VII. Verfahrensfragen	178
<b>C. Zusammenfassung</b>	<b>180</b>
<b>Kapitel 5: Der Einsatz technischer Mittel nach § 100 c StPO</b>	<b>181</b>
<b>A. Der Einsatz technischer Mittel außerhalb des durch Art. 13 GG geschützten Bereiches</b>	<b>181</b>
I. § 100 c Absatz 1 Nummer 1 StPO	181
1. Der Inhalt der Regelung	181
a. Die Herstellung von Lichtbildern und Bildaufzeichnungen	181
b. Die Verwendung sonstiger technischer Mittel	182
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	182
a. Allgemein	182
b. Der Verdachtsgrad	182
c. Die Subsidiaritätsklausel	182
II. Das Abhören des nichtöffentlich gesprochenen Wortes	183
1. Der Inhalt der Regelung	183
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	184
a. Der Straftatenkatalog	184
b. Der Verdachtsgrad	184
c. Die Subsidiaritätsklausel	184
d. Die separate Verhältnismäßigkeitsprüfung	184
III. Problemdarstellung	185
1. Der Einsatz technischer Mittel gegen den Medienmitarbeiter	185
2. Der Einsatz technischer Mittel gegen den Informanten	187
3. Fazit	187
4. § 100 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 StPO als allgemeine Gesetze	188
5. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und dessen ausdrückliche Regelung	188
IV. Regelungsvorschläge	189
1. Das absolute Verbot des Einsatzes technischer Mittel	189
2. Die Nutzung der bereits bestehenden medialen Schutznormen	189
3. Die Ausgestaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	190
a. Der Straftatenkatalog	190
b. Der Verdachtsgrad	190
c. Die Subsidiaritätsklausel	191
d. Die Strafverstrickungsklausel	191
V. Der Journalist als Beschuldigter	192
VI. Verwertungsverbote	192
VII. Sonstige Verfahrensfragen	192
VIII. Fazit	193
<b>B. Das Abhören innerhalb des durch Art. 13 GG geschützten Bereiches</b>	<b>194</b>
I. Der Inhalt der Vorschrift	194
1. Allgemeines	194
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	194
a. Der Straftatenkatalog	194
b. Der Verdachtsgrad	195
c. Die Subsidiaritätsklausel	196

II. Problemdarstellung	197
1. Der Eingriff in die Grundrechte aus Art. 2 Abs. 1 und Art. 13 GG	197
2. Der Eingriff in das Grundrecht aus Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	199
III. Lösungsvorschläge	200
1. Die Begrenzung der Überwachung durch einen Straftatenkatalog	200
a. Der Katalog des § 100 c Abs. 1 Nr. 3 StPO	200
b. Der in § 53 StPO einzufügende Katalog	201
2. Das Verwertungsverbot	201
3. Das absolute Überwachungsverbot	202
a. Bedenken	203
b. Die Regelung	204
IV. Der vom Überwachungsverbot erfaßte Personenkreis	205
V. Die Strafverstrickungsklausel	206
VI. Der Journalist als Beschuldigter	207
VII. Verwertungsverbote	207
VIII. Sonstige Verfahrensfragen	209
1. Zuständigkeit	209
2. Gerichtliche Überprüfung	210
3. Benachrichtigung	210
C. Zusammenfassung	211
<i>Schluß</i>	213
Anhang 1 - Der Gesetzentwurf der Medienverbände	215
Anhang 2 - Der Pressekodex	219
Literaturverzeichnis	221
Sachregister	239